

HH-Satzung/Entwurf 2010 der Verwaltung TOP 13 der Ratssitzung am 07.07.2010

Anrede,

ich werde mich heute kürzer halten als sonst und keine klassische HH-Rede halten. Warum?

Wir haben bereits im FA einen Änderungsantrag zum vorliegenden HH-Entwurf mit HSK des Kämmerers eingebracht und dort mit Mehrheiten beschlossen. Diese Empfehlung des FA an den Rat soll heute und hier durch die Ratsmitglieder erneut bestätigt werden.

Insofern werde ich nur den Änderungsantrag der Ratskoalition mit seinen grundsätzlichen Inhalten kurz erläutern, begründen und aufzeigen, wo die charakterlichen Unterschiede zum vorliegenden Entwurf der Verwaltung liegen.

Dies sind im Wesentlichen fünf sehr zentrale Punkte:

1. Wir nehmen erstens sehr bewusst deutliche politische Korrekturen zum Entwurf der Verwaltung inklusive HSK vor, um die Lebensqualität in unserer Stadt zu erhalten und um den bildungs- sozial- und kulturpolitischen Kahlschlag zu verhindern, der zwangsläufig bei Umsetzung aller Verwaltungsvorschläge erfolgen würde.
2. Wir koppeln zweitens erstmalig und ganz bewusst die Entscheidung über den Haushalt 2010 an die Entscheidung über den Haushalt 2011, um definitiv sicher zu gehen, dass wir uns ab dem vierten Quartal 2010 wieder auf den soliden wie auch geforderten Boden der gesetzlichen Bestimmungen der GO NRW bewegen (§ 80 GO NRW). Denn alle zurückliegenden HH-Satzungen der vergangenen 10 Jahre entsprachen nicht den Anforderungen der Gemeindeordnung. Dies geht verbindlich nur mit der Beauftragung eines Doppelhaushalts und der Ablehnung des Entwurfs 2010.
3. Wir fordern drittens ergänzende Prüfaufträge als Sparmaßnahmen im Rahmen des Doppelhaushalts 2010/2011 ein, um das Konsolidierungspotential zu erhöhen und eine größere Planungssicherheit für das nächste Jahr zu erreichen. Vor allem hinsichtlich:
 - a. Der Prüfung der Einführung eines zentralen einheitlichen Parkraumbewirtschaftungskonzeptes, um

- Mehreinnahmen zu generieren, die der Haushaltskonsolidierung zuzuführen sind,
- b. der Prüfung der Übertragung der Straßenbeleuchtung an die SBO, um eine Entlastung des Kernhaushalts herbei zu führen,
 - c. der Prüfung von Möglichkeiten und Vorteilen eines steuerlichen Querverbundes zwischen der Kernverwaltung und ihren Töchtern durch Übertragung von Leistungen an die Töchter,
 - d. der Prüfung der Übertragung einer überzähligen Planstelle Rechnungsprüfung an die SBO bzw. der Erstellung eines Dienstleistungsvertrags zur Wahrnehmung einer bislang fehlenden Innenrevision SBO,
 - e. der Prüfung einer Umstellung von lizenzpflichtiger auf kostenlose Softwarenutzung der Verwaltung, wie es vermehrt andere Städte und Gemeinden vornehmen,
 - f. der Prüfung der Zusammenarbeit mit dem KRZ auf Kosteneffizienz.
4. Wir fordern viertens eine stärkere Transparenz ein über die Haushaltssituation und die Konsequenzen, die mit der Aufstellung eines HSK verbunden sind. Das heißt, Vorschläge, Anregungen und Bewertungen der Bürgerinnen und Bürger sind bei der Aufstellung des HSK zu berücksichtigen. Hierzu soll mindestens ein öffentliches Haushaltsforum zur Vorstellung und Diskussion durchgeführt werden.
5. Und fünftens und letztendlich beschließen wir heute auf Grundlage der Empfehlung des Finanzausschusses (also unseres Änderungsantrags) bereits für das Jahr 2010 konkrete Sparmaßnahmen mit einem Volumen von 966.978 Euro, dies sind 45.000 Euro mehr als der Vorschlag der Verwaltung. Bereits für das kommende Jahr 2011 würden wir im Rahmen des Doppelhaushalts mit den ergänzenden Konsolidierungsvorschlägen Sparmaßnahmen auf den Weg bringen mit einem Gesamtvolumen von 4.155.798 Euro, dies sind 425.160 Euro mehr als der Verwaltungsvorschlag vorsieht. Im Rahmen des HSK kommen wir mittelfristig bis zum geforderten Zeitraum 2014 auf ein dauerhaftes Sparpotential von 5.120.000 Euro, also rund 900.000 Euro weniger als der Verwaltungsvorschlag.

Wir zeigen damit, dass es uns ernst ist mit unseren Konsolidierungsbemühungen. Schon in diesem laufenden Jahr und auch in den kommenden Jahren.

Und wir sind uns sicher, dass dies auch die Aufsichtsbehörde so sehen wird, die bekanntermaßen ein vorläufig kritisches Auge auf unsere Forderung zur Aufstellung eines Doppelhaushalts wirft.

Denn auf Grundlage der Gemeindeordnung wird wieder Rechtmäßigkeit hergestellt. So wie es sich gehört und so, wie es die gesetzlichen Bestimmungen erfordern.

So wie es in der Stadt Bielefeld geschieht, die einen gleichen Weg beschreitet. Die Sparmaßnahmen in 2010 für 2010 auf den Weg bringen. Die auch einen Doppelhaushalt auf den Weg bringen. Und wo dort die Aufsichtsbehörde sagt (in diesem Fall die Bezirksregierung): „Wir erklären uns damit einverstanden, weil wir die deutliche Absicht der Stadt zur Konsolidierung sehen.“

Insofern glaube ich, wenn unserer Aufsichtsbehörde nicht nur die lokale Berichterstattung zum Anlass nimmt, zu reagieren, sondern sich den heute zu fassenden Ratsbeschluss durchliest, wird sie erkennen, dass wir ernsthaft und gewissenhaft einen Konsolidierungskurs beschreiten, der uns einerseits durch das Wegbrechen der kommunalen Einnahmen und des Anstiegs der Sozialausgaben alternativlos vorgegeben wird; der aber andererseits nicht das Aus für Bildung, Kultur, Soziales und Sport in unserer Stadt bedeutet.

Insofern danke ich der Verwaltung, dass sie uns in den vergangenen Monaten gezeigt hat, was an Sparmaßnahmen machbar wäre. Wir korrigieren heute auf das Vertretbare. Denn die Ratskoalition ist sich ihrer Verantwortung bewusst – gegenüber der Aufsichtsbehörde, dem ersten Bürger der Stadt, aber vor allem gegenüber allen weiteren 50.000 Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt.

Vielen Dank!